



Inhalt	Seite
Haftung des Treuhänders	45
– Verkürzung der Verjährungsfrist in allgemeinen Auftragsbedingungen	
– Anwendbarkeit des § 68 StBerG bei Treuhandtätigkeiten im Bauherrenmodell	
– Anmerkung	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise	
Rechtsberatung durch Steuerberater	50
– Honoraranspruch?	
– Interne Hinzuziehung eines Anwalts	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise zur Rechtsberatung durch Steuerberater	
Fristprüfung bei Rechtsmittelauftrag am Beispiel des zweit- und drittinstantzlichen Rechtsanwaltes	53
– Anmerkung	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise	
Steuerberatungsvertrag	55
– Kündigung aus wichtigem Grund	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise	

Haftung des Treuhänders

- Verkürzung der Verjährungsfrist in allgemeinen Auftragsbedingungen
 - Anwendbarkeit des § 68 StBerG bei Treuhandtätigkeiten im Bauherrenmodell
 - Anmerkung
 - Weiterführende Rechtsprechungshinweise
- (BGH Urt. v. 16.1.1986 – VII ZR 61/85 –)

Leitsatz:

Die Klausel in einem von dem Treuhänder eines Bauherrenmodells verwendeten formularmäßigen „Treuhandauftrag“, wonach Ansprüche gegen ihn

„nur binnen Jahresfrist nach Entstehung und Kenntnisnahme des Schadens, spätestens jedoch ein Jahr nach Beendigung des Treuhandauftrages geltend gemacht werden können“,

benachteiligt den einen Auftrag erteilenden Bauherren entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen und ist daher unwirksam.

Leitsatz (d. Verf.):

Schadenersatzansprüche gegen den Steuerberater aus dem Treuhandvertrag unterliegen grundsätzlich der dreijährigen Verjährungsfrist seit Entstehung des Anspruchs (§ 68 StBerG, eb. OLG Hamburg, DB 1984, 2398).

Aus den Gründen:

Die **Treuhandtätigkeit des Beklagten, eines Diplomkaufmanns und Steuerberaters**, der in dem von dem Kläger erklärten Treuhandauftrag ausdrücklich als Steuerberater bezeichnet ist, beruht zumindest mit auf seinem Beruf als Steuerberater. Die Verknüpfung der von ihm ausgeübten Treuhand mit seiner Steuerberatertätigkeit ergibt sich aus der Eigenart des Bauherrenmodells. Als steuerlich begünstigter Vorgang bedarf diese Art des Grundstückserwerbs einer besonderen steuerlichen Anerkennung; seine treuhänderische Verwaltung setzt deshalb Kenntnis des Steuerrechts voraus. Der zwischen den Parteien zustande gekommene Treuhandvertrag, aufgrund dessen der Beklagte auch die steuerlichen Belange des Klägers wahren soll, ist daher als „Vertragsverhältnis

zwischen Auftraggeber und Steuerberater im Sinne des § 68 StBerG anzusehen (vgl. a. BGH, GI 14/82 = NJW 1982, 1866, 1867, insoweit nicht abgedruckt in BGHZ 83, 328 für die Anlageberatung durch einen Steuerberater). Die Vorschrift erfüllt im übrigen Leitbildfunktion für eine Mindestregelung der Verjährung bei vergleichbaren Tätigkeiten (vgl. a. BGH NJW 1984, 2524). **Etwaige Schadenersatzansprüche des Klägers gegen den Beklagten aus dem Treuhandvertrag unterliegen somit grundsätzlich der dreijährigen Verjährungsfrist seit Entstehung des Anspruchs** (ebenso OLG Hamburg WM 1984, 1400, 1401 = DB 1984, 2398).

Die Verjährungsregelung des § 68 StBerG entspricht nicht nur Zweckmäßigkeitserwägungen. Sie beruht vielmehr auf einem sich aus der Natur der Sache ergebenden Gerechtigkeitsgebot. Denn sie soll dem Auftraggeber ermöglichen, Schadenersatzansprüche gegen den Steuerberater auch dann noch geltend zu machen, wenn Mängel seiner Arbeit erst nach Fertigstellung, z. B. durch eine Betriebsprüfung, aufgedeckt werden. Ebenso soll der Steuerberater noch zum Schadenersatz herangezogen werden können, wenn sich die von ihm erbrachte fehlerhafte Leistung erst viel später, beispielsweise durch eine ungünstige Steuerfestsetzung aufgrund eines Steuerbescheids, für den Auftraggeber nachteilig auswirkt (vgl. Senatsurteil NJW 1979, 1550, 1551/1552, insoweit in BGHZ 73, 363 nicht abgedruckt; zum Gerechtigkeitsgehalt von Verjährungsbestimmungen vgl. a. BGHZ 64, 238, 243/244).

Solche Gerechtigkeitserwägungen liegen auch den Verjährungsregelungen zugrunde, die für Schadenersatzansprüche gegen Angehörige anderer beratender Berufe gelten. So sieht z. B. § 51 BRAO für die Verjährung von Ersatzansprüchen gegen einen Rechtsanwalt ebenfalls eine Verjährungsfrist von drei Jahren vor. Für Schadenersatzansprüche gegen einen Wirtschaftsprüfer bestimmt § 51 a Wirtschaftsprüferordnung sogar eine Verjährungsfrist von fünf Jahren (ähnlich § 168 Abs. 5 AktG für Abschlußprüfer). Wie bei der Vorschrift des § 68 StBerG wird auch durch diese Regelungen sichergestellt, daß Ansprüche des Auftraggebers aus Mängeln der Leistung noch längere Zeit nach Durchführung des Auftrags, nämlich bis zum Eintritt der Verjährung, geltend gemacht werden können. In diesen Fällen geht somit das Interesse des Leistungsempfängers, etwaige Mängelrechte durchsetzen zu können, stets dem Interesse des Leistenden an der baldigen Klarstellung der gegenseitigen Rechtsbeziehungen vor.

Die in Nr. 9 des Treuhandauftrages enthaltene Klausel, wonach Ansprüche gegen den Treuhänder nur binnen Jahresfrist nach Entstehung und Kenntnisnahme des Schadens, spätestens jedoch ein Jahr nach

Beendigung des Treuhandauftrags geltend gemacht werden können, ist mit dem Gerechtigkeitsgehalt der angeführten Verjährungsvorschriften, insbesondere dem des § 68 StBerG, nicht vereinbar. Denn sie bevorzugt einseitig und unangemessen das Interesse des Treuhänders an einem möglichst frühzeitigen Haftungsausschluß. Auf die Interessen des Bauherrn, dem unter Umständen erst nach Ablauf der Jahresfrist seit Ende des Treuhandauftrags Schaden entsteht und der erst dann eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung des Treuhänders feststellen kann, nimmt sie keine Rücksicht. Die Durchsetzung von Ansprüchen des Treugebers und Bauherrn wird dadurch erheblich behindert und häufig unmöglich gemacht.

Die Klausel entfernt sich deshalb so weit von dem Gerechtigkeitsgebot der gesetzlichen Regelung und des sich daraus ergebenden Leitbildes für die Mindestregelung der Verjährung in derartigen Fällen, daß sie eine unangemessene, gegen Treu und Glauben verstoßende Benachteiligung der den Treuhandauftrag und die Vollmacht erteilenden Bauherren darstellt. Gemäß § 9 AGBG ist sie daher unwirksam (vgl. Senatsurteil aaO; Urf. v. 2. Februar 1983 – IV a ZR 118/81 = WM 1983, 263, insoweit nicht abgedruckt in NJW 1983, 1720, OLG Hamburg aaO m.w.N.).

.....

Selbst wenn sich der Verjährungseintritt „binnen Jahresfrist nach Entstehung und Kenntnis des Schadens“ von vornherein nur auf vor Beendigung des Treuhandauftrages bekannt gewordene Schäden beziehen sollte, ist auch dieser Teil der Klausel gem. § 9 AGBG unwirksam. Denn die Frist von lediglich einem Jahr ist bei den meist verwickelten Zusammenhängen im Rahmen der Verwirklichung eines Bauherrenmodells und der im Konfliktfall häufig schwer überschaubaren Schadenentwicklung, wie auch der vorliegende Fall zeigt, in aller Regel viel zu kurz, um den berechtigten Interessen der Bauherren hinreichend Rechnung zu tragen. Den schutzwerten Belangen der Bauherren würde nur mit einer wesentlich längeren Bedenkzeit genügt (vgl. bei spielsweise die Verjährungsregelung des § 852 BGB).

Anmerkung:

Das Urteil des BGH vom 16.1.1986 ist in zwei Aussagen von Bedeutung:

1. Die Angemessenheitsprüfung einer Verjährungsverkürzung hat sich an den gesetzlichen Regelungen zu orientieren. § 68 StBerG und § 51 BRAO haben insoweit Leitbildfunktionen für eine Mindestregelung.

Selbst eine im Gegensatz zu § 68 StBerG und § 51 BRAO an die Kenntnis des Schadens anknüpfende Verjährungsverkürzung auf ein Jahr soll nicht dem Angemessenheitsgebot des § 9 AGB-Gesetz Rechnung tragen. Ob bei Dienst- und Geschäftsbesorgungsverträgen auch eine Verkürzung auf zwei Jahre unangemessen ist, bleibt offen (Hensen in Ulmer/Brander/Hensen § 11 Nr. 10 Tz. 81, hält eine Verkürzung auf zwei Jahre ab Kenntnis des Schadens für angemessen).

2. Das Urteil des VII. Senats stellt klar, daß der Regreß gegen den als Treuhänder in einem Bauherrenmodell tätigen Steuerberater der Verjährungsfrist des § 68 StBerG unterworfen ist. Entscheidend für diese Klarstellung ist die Tatsache, daß der Treuhänder mit seiner Berufsbezeichnung „Steuerberater“ im Treuhandvertrag bezeichnet wurde und die Tätigkeit selbst zumindest mit auf seinem Beruf als Steuerberater beruht.

Die Entscheidung verdient insoweit Zustimmung. Sie orientiert sich am Gesetzeswortlaut des § 68 StBerG. Danach sind alle Ansprüche aus einem „bestehenden Vertragsverhältnis“ mit dem Steuerberater oder Steuerbevollmächtigten in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist, verjährt.

§ 68 StBerG bezieht sich dementsprechend auf alle Verträge mit Steuerberatern, die ihm nach dem Steuerberatungsgesetz erlaubt sind (§§ 33, 57 StBerG).

Der IV a-Senat hatte im Ur. v. 21. 4. 1982 (GI 14/82 = NJW 1982, 1866 = WM 1982, 743, insoweit nicht abgedruckt in BGHZ 83, 382: Anlageberatung des Steuerberaters) die Anwendung des § 68 StBerG von dem untrennbaren Zusammenhang mit der Besorgung steuerlicher Angelegenheiten für den Anleger (Mandanten) abhängig gemacht. Was unter der Besorgung steuerlicher Angelegenheiten zu verstehen ist, ist offengeblieben. Der VII. Senat hat diesen Gedanken aufgegriffen und darauf hingewiesen, daß die Verknüpfung der Treuhandtätigkeit mit der Steuerberater Tätigkeit sich aus der Eigenart des Bauherrenmodells als einer steuerlich begünstigten Anlageform ergibt.

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

1. Schadenersatzansprüche des Mandanten aus einem Treuhandvertrag zwischen ihm und dem **Wirtschaftsprüfer** verjähren in 5 Jahren gem. § 51a WPO
OLG München, Urt. v. 19.12.1984 – 15 U 4675/83 GI 21/85
= Stbg 1985, 188
= Mittbl. WPK 1985, 21
2. Zur Anwendbarkeit des § 68 StBerG
 - bei **Anlageberatung**
OLG Hamm, DB 1980, 1335 – BGH GI 14/82; LG Bonn, GI 6/80
 - bei Beantragung von **Investitionszuschüssen**
BGH, GI 7/82
= WM 1982, 371
= ZIP 1982, 318
= VersR 1982, 398
= DB 1982, 849
 - bei Hilfe zur Durchführung einer wirksamen **Abtretung von Steuererstattungsansprüchen**
LG Frankfurt, GI 9/84
 - bei **Hausverwaltung**
3. Zur Unwirksamkeit der **Verkürzung der Verjährungsfrist** von Schadenersatzansprüchen gegen treuhänderisch tätige Steuerberater auf 6 Monate ab Bezugsfertigkeit der Wohnung
OLG Hamburg, Urt. v. 11.7.1984 – 5 U 115/83 – DB 1984, 2398
= WM 1984, 1400;
OLG Celle, Urt. v. 25.7.1985 – 15 U 223/84 – GI 1986, 5,
Kurzkommentar Koeble, EWiR § 675 BGB 6/85, 761;
LG Köln, v. 16.1.1986 – 29 O 262/85 –
ist anderer Ansicht: eine unangemessene Benachteiligung sei nicht gegeben, wenn die Verjährung auf 6 Monate nach Kenntnis des Schadens verkürzt wird.
4. Zu **allgemeinen Geschäftsbedingungen in Treuhandverträgen**
Vollhardt, Die Haftung des Treuhänders beim Bauherrenmodell BB 1983, 2142 ff

Rechtsberatung durch Steuerberater

- Honoraranspruch?
- Interne Hinzuziehung eines Anwalts
- Weiterführende Rechtsprechungshinweise zur Rechtsberatung durch Steuerberater (OLG Hamm, Urt. v. 28.8.1985 – 25 U 273/84, rechtskräftig, DB 1986, 32)

Leitsätze (des Verf.):

1. Die interne Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes kann den Steuerberater nicht von dem Vorwurf eines Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz befreien, wenn er selbst alleiniger Vertragspartner war und allein die gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßende beratende Tätigkeit schuldete und für sie verantwortlich war.
2. Aus einem Beratervertrag, der wegen Verstoß gegen das Rechtsberatungsgesetz nichtig ist, kann kein vertraglicher Honoraranspruch hergeleitet werden.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat sich durch den Beratervertrag verpflichtet, den Auftraggeber nicht nur in betriebswirtschaftlichen und steuerrechtlichen Aspekten zu beraten, sondern hat die gesamte zivilrechtliche, im speziellen gesellschaftsrechtliche Beratung in eigener Verantwortung übernommen. Hierzu war er gemäß Artikel 1 § 1 Rechtsberatungsgesetz nicht berechtigt. ...

Zwar mag es sein, daß sich der Kläger seinerseits des Zeugen B. als seines Beraters bedient hat, dies ist jedoch nicht entscheidungserheblich. Zum einen steht aufgrund der Aussage des Zeugen B. fest, daß die Vertragsentwürfe gerade nicht von ihm stammten. Zum anderen kann eine rechtliche Beratung des Klägers selbst durch einen Rechtsanwalt diesen nicht von dem Vorwurf eines Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz befreien, da der Kläger selbst alleiniger Vertragspartner seiner Auftraggeberin, damit allein die gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoßende beratende Tätigkeit schuldete und für sie verantwortlich war (OLG Köln, StB 1981, 224).

Ein solcher Vertrag ist gemäß §134 BGB wegen Verstoßes gegen ein Verbotsgesetz nichtig (so BGHZ Bd. 50, 90 ff = DB 1968, 1122 und 1970, 17 ff). Gemäß §139 BGB erstreckt sich diese Nichtigkeit auch auf den Vertragsteil, der die zulässige Beratung in steuerrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen betrifft (BGHZ a.a.O.). Vertragliche Ansprüche stehen dem Kläger somit nicht zu.

Anmerkung:

Wir hatten in dem für Steuerberater besonders haftungsrelevanten Bereich der Anlageempfehlung bereits darauf hingewiesen, daß der Steuerberater möglichst einen Rechtsanwalt zur Beurteilung eines Beteiligungsangebotes auch in rechtlicher Hinsicht hinzuzieht (OLG Düsseldorf, GI 34/85).

Weiterführende Rechtsprechungshinweise zur Rechtsberatung durch Steuerberater:

- | | |
|--|--|
| 1. Die Beratung über die rechtliche Ausgestaltung eines Kapitalanlageobjektes stellt eine Rechtsberatung dar. | LG Koblenz
Urt. v. 17.9.1984
GI 15/85 |
| 2. Zu den Prüfungspflichten eines von einem Mandanten wegen einer Anlageempfehlung um Rat gefragten Steuerberaters, insbesondere zu der Frage, inwieweit der eine Anlageempfehlung ausprechende Steuerberater das Beteiligungsangebot zuvor in rechtlicher Hinsicht prüfen und den Mandanten auf die Notwendigkeit hinweisen muß, das Beteiligungsangebot in rechtlicher Hinsicht durch einen Rechtsanwalt überprüfen zu lassen. | OLG Düsseldorf
Urt. v. 20.6.85
GI 34/85 |
| 3. Werden an einen steuerlichen Berater von seinem Mandanten Fragen allgemein-rechtlicher Natur herangetragen, so ist er, sofern er nicht gemäß §1 StBerG (ggf. gemäß §4 Nr.2 RBerG) oder in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand zur Bearbeitung dieser Rechtsfragen befugt ist, auch seinen Mandanten gegenüber verpflichtet, sich insoweit einer Beratungstätigkeit zu enthalten und den Mandanten an einen Rechtsanwalt oder Notar zu verweisen. | BGH,
Urt. v. 5.6.1985
GI 33/85 =
WM 1985, 1274;
vgl. Anm. Messer
WUBIVA §675
BGB 2.85 u.
Anm. Loewe EWiR
Art.1 §1 RBerG
3/85, 705 u. Anm.
Chemnitz, AnwBl
1986, 112 |

4. Die Überprüfung der steuerberatenden Tätigkeit eines anderen Steuerberaters zum Zwecke der **Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen** ist eine Rechtsberatung, wenn der Steuerberater bei der Anspruchstellung seines Mandanten unmittelbar mitwirkt.

OLG Düsseldorf
Urt.v. 9.5.85
GI 24/85
5. Die Investitionszulage nach § 4 a InvZulG 1975 ist keine Steuervergütung, sondern eine Subvention. Ein Steuerberater und Wirtschaftsprüfer darf in einem Verwaltungsverfahren, das die Erteilung einer **Investitionszulagenbescheinigung** nach § 4 a Abs.1 InvZulG 1975 betrifft, nicht beratend tätig werden.

BVerwG NJW
1985, 1972 =
MittBl. WPK 1985
S. 11
6. Verstößt ein Steuerberater, z. B. durch unzulässige **Ausarbeitung von Verträgen**, gegen das Rechtsberatungsgesetz, ist der auf diese Tätigkeit gerichtete Geschäftsbesorgungsvertrag nichtig. Das führt dazu, daß dem Steuerberater weder aus dem Vertrag noch aus anderem Rechtsgrund ein **Honoraranspruch** zusteht.

OLG Köln
ZIP 1980, 1110
7. Die Beratung und Wahrung fremder Interessen in wirtschaftlichen Angelegenheiten gehört nicht zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers.
Die Führung von **Vertragsverhandlungen** sowie der Entwurf, die Prüfung und **Überarbeitung von Verträgen** stehen nicht in „unmittelbarem Zusammenhang“ mit den Aufgaben eines Wirtschaftsprüfers. Der auf eine solche unerlaubte Rechtsbesorgung gerichtete Geschäftsbesorgungsvertrag ist **nichtig**.

OLG Köln
ZIP 1980, 1107
m. Anm. Müller
8. Die Ausnahmeregel des **Art. 1 § 5 RBerG** gilt nicht für die steuerberatenden Berufe.
Der Steuerberater darf lediglich die Feststellung eines solchen Sachverhaltes betreiben, der auch einer Feststellung im Steuerstreitverfahren zugänglich ist; ist ein Sachverhalt streitig, so hat er sich darauf zu beschränken, mögliche zivilrechtliche Gestaltungen und die hieraus alternativ folgenden steuerrechtlichen Schlußfolgerungen darzulegen.

OLG Karlsruhe
StB 1981, 101

Fristprüfung bei Rechtsmittelauftrag am Beispiel des zweit- und drittinstanzlichen Rechtsanwaltes

- Anmerkung
 - Weiterführende Rechtsprechungshinweise
- (BGH Beschl. v. 18.12.1985 – I ZR 171/85)

Leitsatz (amtl.):

Zu den Anforderungen an die Sorgfaltspflichten der Prozeßbevollmächtigten der Berufungs- und Revisionsinstanz zur eigenverantwortlichen Überprüfung und Feststellung der Revisionsfrist bei Erteilung des Auftrags zur Einlegung der Revision.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Prozeßbevollmächtigte, der einen anderen Anwalt mit der Einlegung eines Rechtsmittels beauftragt, hat die Rechtsmittelfrist persönlich zu ermitteln und die so festgestellte Frist dem zu beauftragenden Anwalt mitzuteilen.
2. Der mit der Einlegung eines Rechtsmittels beauftragte Rechtsanwalt hat die Frage der Zustellung, ggf. die Feststellung des Zustellungszeitpunktes in eigener Verantwortung zu überprüfen.
3. Aus dem Datum des Eingangsstempels kann nicht ohne weiteres auf den Tag der Urteilszustellung geschlossen werden (BGH VersR 1980, 278). Die Zustellung ist bewirkt, wenn der Anwalt persönlich Kenntnis von dem Schriftstück erlangt, d.h. mit dem Vollzug seiner Unterschrift auf dem Empfangsbekenntnis (BGH VersR 1983, 877).

Anmerkung:

Das Urteil steht in Übereinstimmung mit dem BGH-Beschluß vom 17.4.1985, GI 28/85 = NJW 1985, 1709 = VersR 1985, 738 = AnwBl 1985, 519) in welchem der BGH sich mit den Sorgfaltspflichten des Rechtsmittelauftrages des erstinstanzlichen und zweitinstanzlichen Anwalts befaßt.

Für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer läßt sich diese Rechtsprechung insoweit übertragen, als sie persönlich und in eigener Verantwortung die ordnungsgemäße Berechnung und Mitteilung des Zustellungszeitpunktes einer Entscheidung prüfen müssen, wenn sie einen Rechtsmittelauftrag an einen Berufskollegen oder einen Anwalt geben.

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

1. Der Berufungsanwalt kann sich der Pflicht, seinem Mandanten das Zustellungsdatum des ergangenen Urteils mitzuteilen und ihm eine richtige Rechtsmittelbelehrung zu geben, auch durch einfache briefliche Mitteilung entledigen.
BGH
GI 40/85
= VersR 1985, 90
2. Der Anwalt hat keinen Anlaß, bei dem Mandanten rückzufragen, ob er den Brief mit der Mitteilung über das Zustellungsdatum erhalten hat.
BGH
NJW 1958, 2015;
VersR 1973, 665;
OLG Karlsruhe
AnwBl. 1979, 65
3. Zur Nachweispflicht des Finanzamtes über die Aufgabe des Steuerbescheides zur Post
FG Köln
Urt. v. 28.10.1982
-IV 273/81-
GI 2/83
4. Beweislast des Finanzamtes über den Zugang des Steuerbescheides beim Mandanten sowie den Tag des Zugangs, wenn der Steuerbescheid entgegen der Vermutung des §122 Abs. 2 AO später oder gar nicht erfolgte.
FG Hamburg
EFG 1982, 275
5. Wie kann der Steuerberater den Nachweis des Zugangs eines fristgebundenen Schriftsatzes beim Finanzamt führen?
vgl. FG
Rheinland-Pfalz
Urt. v. 19.6.1984
-2 K 46/84-
GI 23/84
m.w.N.
6. Fehlerquelle: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
Prüfungsschema für einen ordnungsgemäßen Wiedereinsetzungsantrag
GI 26/84
mit Hinweisen
zu Rechtsprechung
und Literatur

Steuerberatungsvertrag

- Kündigung aus wichtigem Grund
 - Weiterführende Rechtsprechungshinweise
- (LG Amberg, Urt. v. 11.12.1984 – Az. 1 O 1335/82)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Vertrag über die Wahrnehmung sämtlicher steuerlichen Belange stellt einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter dar (§ 675 BGB).
2. Die Möglichkeit jederzeitiger Kündigung gem. § 627 BGB ist durch allgemeine Geschäftsbedingungen abdingbar.
3. Nicht jeder Beratungsfehler stellt einen wichtigen Grund zur fristlosen Kündigung gem. § 626 BGB dar.

Aus den Gründen:

.....

Grundsätzlich kann zwar sowohl der Dienstverpflichtete als auch der Dienstberechtigte gem. § 627 BGB angesichts der besonderen Vertrauensstellung des Steuerberaters auch ohne die besonderen Voraussetzungen des § 626 BGB (= außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund) das Mandatsverhältnis jederzeit kündigen; diese Vorschrift ist jedoch abdingbar, auch durch allgemeine Geschäftsbedingungen (Palandt Anm. 1c zu § 627 BGB).

Der Vertrag der Parteien vom 26.1.1979 hat in Ziff. 3 in zusätzlicher Weise diese Kündigungsmöglichkeit abbedungen, so daß ausschließlich gemäß dem grundsätzlich nicht abdingbaren § 626 BGB gekündigt werden kann. Selbst bei Vorliegen eines Beratungsfehlers wäre damit ein „wichtiger Grund“ im Sinne von § 626 BGB nicht gegeben. Abzustellen ist dabei auf alle Umstände des Einzelfalls,

- also die bisherige Dauer des Mandatsverhältnisses,
- die bisherigen Leistungen des Dienstverpflichteten,
- etwaige frühere Fehlberatungen und
- das voraussichtlich künftige Verhalten des Dienstverpflichteten mit der Gefahr etwaiger Wiederholungen solcher Fehlleistungen.

Legt man die lange Vertragsdauer der Parteien mit ca. 18 Jahren zugrunde und den Umstand, daß der Mandant keine früheren vergleichbaren Fehler des Steuerberaters vorgetragen hat, so erweist sich der nunmehr angesprochene Komplex als ein ggf. singulärer Fall eines Fehlers, welcher keinesfalls einen so schwerwiegenden Eingriff in das Vertragsverhältnis durch außerordentliche Kündigung erlaubt.

Soweit der Mandant einen Sachverhalt anspricht, welcher erst nach dem Kündigungsschreiben entstanden ist, wird darauf hingewiesen, daß ein „Nachschieben“ gegenüber der ursprünglichen Kündigung nicht möglich ist. Allenfalls kann eine zweite Kündigung durch schlüssiges Verhalten des Mandanten angenommen werden. Aufgrund der unwirksamen außerordentlichen Kündigung des Mandanten ist dieser gegenüber dem Kläger schadenersatzpflichtig, da er in schuldhafter Weise das Mandatsverhältnis vorzeitig aufgelöst hat.

Die **Schadenersatz-Pauschalierung** des Klägers gem. Ziff.11 der Allgemeinen Auftragsbedingungen ist unwirksam, da diese Klausel dem Beklagten den Nachweis dafür abschneidet, daß ein Schaden überhaupt nicht oder wesentlich niedriger als die Pauschale entstanden ist. Der Steuerberater hat jedoch in ausreichendem Maße dargetan, daß er für den Ausfall des Mandats im Jahre 1981 einen Schaden zumindest in Höhe von DM 10.144,01 erlitten hat. Für insgesamt 5 Mahnschreiben nach Eintritt des Verzuges kann der Steuerberater jeweils DM 20,- als Schadenersatz geltend machen (§§ 284, 286 Abs.1 BGB). Die Kosten der den Verzug überhaupt erst begründenden ersten Mahnung sind nicht erstattungsfähig (Palandt Anm. 2 b).

Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

- | | |
|--|-------------------------|
| 1. Beweislast für den Abschluß eines Steuerberatungsvertrages mit einem Sozius | OLG Düsseldorf, GI 7/85 |
| 2. Kündigungsrecht des Mandanten gem. § 627 BGB | OLG Köln, GI 1/85 |
| 3. Einschränkung des Rechts zur fristlosen Kündigung gem. § 627 Abs. 2 BGB
Die Kündigung des Steuerberaters hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Mandant sich die Dienste anderweitig beschaffen kann. | OLG Hamm, GI 19/82 |
| 4. Kein Honorarrückzahlungsanspruch bei mangelhafter Erfüllung eines Dienstvertrages | BGH, GI 11/82 |
| 5. Honorarrückzahlungsanspruch bei Werkvertrag | OLG Köln, GI 18/83 |

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.